

1 Resolution:

2 Antragssteller: Bezirksvorstand der UnterfrankenSPD

3 Adressat: Bezirkspartei der UnterfrankenSPD am 29. Juni in Donnersdorf

4

## 5 **Nicht MEHR, sondern endlich Schluss mit Atommüll**

6 Letzten Freitag hat das OVG Schleswig die Genehmigung des Atommüll-Zwischenlagers in  
7 Brunsbüttel aufgehoben. Der Grund sind erhebliche Sicherheitsmängel.

8 Die Klage gegen die Betriebsgenehmigung des sogenannten Atommüll-Zwischenlagers BELLA  
9 am KKW Grafenrheinfeld wurde leider nicht angenommen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen  
10 und Bürgern haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf die  
11 Sicherheitsrisiken hingewiesen. Zur massiven Gefährdung der Menschen und der gesamten  
12 Umwelt trägt beim sogenannten BELLA bei, dass es keinen direkten Bahnanschluss gibt.

13 Sowohl die nationalen als auch die europäischen Sicherheitsüberprüfungen nach dem Super-  
14 GAU von Fukushima haben darauf hingewiesen, dass atomare Anlagen u.a. vor  
15 Flugzeugabstürzen geschützt sein müssen. Der mangelnde Schutz wird im genannten Urteil  
16 des OVG Schleswig dargestellt. Ein mangelnder Schutz liegt auch im sogenannten BELLA vor,  
17 dieser wird von Expertinnen und Experten sogar noch als gravierender als in Brunsbüttel  
18 eingeschätzt.

19 Vollkommen unverständlich ist für uns daher die Äußerung der Pressesprecherin Petra  
20 Uhlmann von e.on, aus dem Büro in Hannover. Sie verweist auf die derzeit noch 33 freien  
21 Castor-Plätze in Grafenrheinfeld. Das damit verbundene Angebot von e.on Castoren in  
22 Grafenrheinfeld abzuladen missbilligen wir auf das Schärfste.

23 Gerade weil die Arbeiten für mehr Sicherheit am BELLA nicht wie geplant 2013 begonnen  
24 haben. Wir sind uns bewusst, dass es bei der gefährlichen Atomenergie nie eine  
25 hundertprozentige Sicherheit gibt. Dennoch hat auch e.on als Betreiber die gesellschaftliche  
26 Verantwortung die Gefahren zumindest zu reduzieren, statt sie zu erhöhen.

27 Wir wollen nicht mehr Atommüll in Grafenrheinfeld, wir kämpfen für den Atomausstieg!  
28 Deshalb muss das KKG so schnell wie möglich vom Netz. Jeder Tag weniger Atomstrom  
29 bedeutet weniger hochradioaktiven Müll.

30 Wir setzen uns für eine breite, transparente und offene Diskussion zur Atommülllagerung  
31 ein. Dazu wurden in dieser Woche wichtige Beschlüsse im Bundestag getroffen.

32 Aus den Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte werden wir die Atomaufsicht  
33 weiterhin kritisch begleiten, sowohl als Mitglied des Schweinfurter Aktionsbündnisses gegen  
34 Atomenergie als auch auf parlamentarischen Weg. Für uns steht die Sicherheit der  
35 Bürgerinnen und Bürger im Zentrum, nicht der Gewinn von Großkonzernen.